



Suchergebnisse: Universität

1308 – Wilhelm von Ockham beginnt sein Studium der Theologie

Oxford * Wilhelm von Ockham beginnt sein Studium der Theologie an der Universität Oxford.

14. Dezember 1494 – Das Herzogliche Georgianum wird gegründet

Ingolstadt * Das Herzogliche Georgianum wird durch Herzog Georg den Reichen von Landshut-Niederbayern ins Leben gerufen und in die im Jahr 1472 gegründete Universität Ingolstadt eingegliedert. Es ist heute das zweitälteste und einzige staatliche Priesterseminar der Welt.

13. November 1549 – Die Jesuiten übernehmen die Universität in Ingolstadt

Ingolstadt * Auf Betreiben Herzog Wilhelms IV. kommen die Jesuiten nach Ingolstadt, um die dortige Universität im Sinne des erneuerten katholischen Glaubens zu übernehmen.

1552 – Philipp Apian erhält eine Professur an der Universität Ingolstadt

Ingolstadt * Der 21-jährige Philipp Apian übernimmt die Druckerei seines Vaters und erhält im selben Jahr eine Professur an der Universität Ingolstadt. Er lehrt hier Mathematik und beginnt parallel dazu ein Medizinstudium.

1556 – Herzog Albrecht V. beruft die Jesuiten

Ingolstadt * Herzog Albrecht V. beruft die Jesuiten an die Universität nach Ingolstadt, um durch sie den radikalen Verfall der theologischen Fakultät zu stoppen.

1569 – Philipp Apian muss als Protestant die Universität Ingolstadt verlassen

Ingolstadt * Als überzeugter Protestant muss Philipp Apian - auf Betreiben der Jesuiten - die



Universität Ingolstadt verlassen. Er geht nach Tübingen.

1583 – Philipp Apian verliert seinen Posten an der Universität Tübingen

Tübingen * Philipp Apian verliert nach 14-jähriger Lehrtätigkeit an der Universität Tübingen seinen Posten, weil er sich weigert, den Calvinismus zu verdammen. Bis zum Ende seines Lebens widmete sich Apian der Vervollständigung seines topografischen Werkes. Zusammen mit einer Beschreibung des Landes Bayern sollte die Sammlung die Darstellung des Landes auf den Landtafeln ergänzen und vervollständigen. Philipp Apian ist über der Arbeit an Sammlung und Beschreibung verstorben.

2. April 1590 – Gesetzgebung gegen das Hexenverbrechen

München * Herzog Wilhelm V. fordert zur Unterstützung des Verfahrens zur „Gesetzgebung gegen das Hexenverbrechen“ vom Hofrat und von der juristischen und theologischen Fakultät der Universität Ingolstadt ein „Gutachten über die zu ergreifenden Maßnahmen gegen die überhand nehmende Hexerei“ an. Darin führt der Herzog aus, Gott selbst habe wegen der schrecklichen Sünden der Menschen diese mit der „neuen Pest der Hexerei“ gestraft. Und weil die Hexerei die größte aller Sünden wäre, würde Gott wiederum beleidigt werden. Er, Wilhelm V., sei als Fürst Gott verantwortlich und müsse durch „Bestrafung und Ausrottung der Hexen“ die „Ehre Gottes“ retten und wiederherstellen. Die Argumentation, dass sich nach dieser Logik Gott eigentlich selbst beleidige, wird ignoriert. Es geht auch nicht so sehr um die Ehre Gottes, sondern um die Angst vor weiteren göttlichen Strafen.

6. April 1590 – Die Hexen-Gutachten des Hofrats und der Universität Ingolstadt

München - Ingolstadt * In dem Gutachten des Hofrates werden zunächst ausdrücklich die Meinungen derjenigen protestantischen Hexenverfolger zurückgewiesen, die gemäßigt auftreten. Dazu gehören Johannes Brenz aus Stuttgart und seine Anhänger, die jede Möglichkeit eines tatsächlichen Wetterzaubers abstreiten. Wetter sind eine Angelegenheit der Natur oder Gottes, nicht aber Sache „alter Weiber“ oder gar des „Teufels“. Nach dem Hofratsgutachten ist den Katholiken künftig jeder Zweifel an der Existenz der Hexen, des Teufelspakts, des Hexenflugs und des Schadenszaubers ebenso verboten wie jede inhaltliche Kritik. Auch das von vier Theologieprofessoren ausgearbeitete Ingolstädter Gutachten kommt



zum Ergebnis, dass die Obrigkeit mit Eifer und Strenge gegen die Hexen vorgehen und es den Untertanen zur Pflicht machen soll, Verdächtige zu denunzieren. Die Gutachten folgen alleine den katholischen Autoren und unter diesen wiederum nur denjenigen, die die härtesten Ansichten zur Hexenverfolgung vertreten, die jemals in der europäischen dämonologischen und juristischen Literatur zum Hexenprozess geäußert worden sind.

Oktober 1590 – Den Hexenmalen kommt keine Beweiskraft mehr zu

Ingolstadt * In einem Gutachten der Universität Ingolstadt gegenüber der Hochstiftlichen Regierung in Freising wird festgestellt, dass den von den Scharfrichtern ermittelten Hexenmalen keine Beweiskraft mehr zukommt, weil sich ein „so gewöhnlicher und verworfener Mensch“ wie ein Nachrichter bei der Erkennung der Hexenzeichen durchaus täuschen könne. Damit ist die sogenannte „Nadelprobe“, die zum hoch geschätzten Gutachterwissen der Scharfrichter gehört, für das Verfahren wertlos geworden.

1629 – Auch Ingolstadt bekommt noch einen Hexenprozess

Ingolstadt * Auch Ingolstadt bekommt einen Hexenprozess. Das Strafurteil fällt die Juristenfakultät der Universität Ingolstadt, die zwar im Allgemeinen milder urteilte, als es dem Herzog gefiel, dennoch einige Todesurteile fällte. Verurteilt wird die Hofschneiderin Catharina Nickhlin wegen „Teufelsbündnis, Teufelsvermischung, Absagung Gottes, Schädigung von Mensch und Vieh“ und wegen „Verunehrung der Hostien“. Catharina Nickhlin stammt aus Eichstätt und wird aus dem Kreis der dort wegen Hexerei verbrannten Frauen und Männer denunziert. Sie flieht nach Ingolstadt, wird aber dort auf Ersuchen der Eichstätter Behörden am 13. Februar 1629 verhaftet. Nachdem sich die Stadt Ingolstadt gegen den Hexen-Prozess wehrt, muss ein Dr. Wolfgang Kolb auf Befehl des Münchner Hofrats die Tortur durchführen. Dr. Kolb hat vorher schon als Hexen-Kommissar in Eichstätt gedient.

6. Juli 1629 – Erfolgreiche Einführung einer neuen Foltermethode

Ingolstadt * Die Juristenfakultät der Universität Ingolstadt stellt das Todesurteil gegen Catharina Nickhlin aus, nachdem der Hofrat zuvor die Hinrichtung durch Verbrennen befohlen hat. Dr. Kolb exekutiert in Wallerstein zwischen 1628 und 1630 zwanzig Hexen, in Wemding ist er im Jahr 1629 für die Hinrichtung der ersten neun Delinquenten verantwortlich. Den Erfolg von Dr. Wolfgang Kolb führt man auf die Einführung einer neuen Foltermethode zurück: auf den



Bock, den er erstmals im Kurfürstentum Baiern anwendet.

September 1776 – Maximilian Joseph von Montgelas studiert an der Universität Ingolstadt

Straßburg - Ingolstadt * Im Anschluss an sein Straßburger Studium geht Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas für ein Jahr an die Universität Ingolstadt, wo er sich noch in das bayerische Staats-, Zivil- und Strafrecht einarbeitet. Sein Examen legte er mit außerordentlichem Lob ab.

30. September 1796 – Freiherr von Montgelas erarbeitet das umfangreiche Ansbacher Mémoire

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas legt Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken das „grundlegende Reformprogramm für die künftige Regierung des Kurfürstentums Baiern“ vor. Es trägt entscheidend zur Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Herzog und dem Freiherrn bei. Das Ansbacher Mémoire ist ein Konzept zur Anpassung der bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse an die Gegebenheiten der neuen Zeit. Auf sieben eigenhändig geschriebenen Doppelblättern beschreibt Montgelas die herrschenden Verhältnisse in Baiern und schlägt gleichzeitig Maßnahmen vor, die - nach seiner Meinung - für eine effektive und nach den Gesichtspunkten der Aufklärung gebildete Staatsverwaltung notwendig sind. Im Kern der Reformen fordert der Freiherr eine klar gegliederte Ministerialorganisation mit abgegrenzten Zuständigkeiten, eine neue Verwaltungsgliederung mit einheitlichen Instanzenwegen in Gesamtbaiern; eine gut ausgebildete, unbestechliche, ausreichend bezahlte und sozial abgesicherte Beamtenschaft; die steuerliche Gleichbehandlung aller Menschen; die Unabhängigkeit der Richter, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Überantwortung aller judikativen Bereiche in staatliche Obergericht, die Reform des Straf- und Zivilrechts; die Möglichkeit für die Bauern, adeliges Obereigentum an Grund und Boden abzulösen; die Beschränkung der Kirche auf den religiösen Bereich, die Aufhebung der Bettelorden und die bessere Nutzbarmachung der Klöster; die religiöse Toleranz; die Aufhebung der Zensur; die Verbesserung der Universitäten und Schulen. In einer übergeordneten Instanz soll die Zusammenarbeit der Ministerien gefördert werden und eine Koordination der Einzelmaßnahmen erfolgen. Am Ende steht ein geschlossenes Staatsgebiet, in dessen Ministerien sich alle staatliche Macht vereint. Darüber hinaus will Montgelas ein bayerisches, patriotisches Empfinden wecken, um die örtlichen Gebundenheiten des Einzelnen abzulösen und statt dessen eine Identifikation mit dem Kurfürstentum, später Königreich, herbeiführen. Die Forderung nach einer Volksvertretung - nicht nur einer Ständeversammlung - wiederholt Montgelas im Ansbacher Mémoire nicht mehr. Wohl aber die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Abschaffung der Steuerprivilegien



des Adels. Seine Adelspolitik nimmt später weitaus konservativere Züge an, vor allem nachdem er im Jahr 1803 selbst Grundbesitz erworben hat.

1. Mai 1800 – Das Collegium Georgianum wird nach Landshut verlegt

Ingolstadt - Landshut * Das Collegium Georgianum wird mit der Universität von Ingolstadt nach Landshut verlegt.

26. Mai 1818 – Das Königreich Baiern gibt sich eine konstitutionelle Verfassung

München * Das Königreich Baiern gibt sich eine konstitutionelle Verfassung. Baiern ist damit unter den großen deutschen Staaten der erste Verfassungsstaat. Baden erreicht diesen Status drei Monate und Württemberg ein Jahre später. Der König vereinigt alle Rechte der Staatsgewalt in seiner Person, unterliegt aber in der Ausübung seiner Rechte einigen Beschränkungen. Es gibt ein Zweikammersystem. Die Erste Kammer sind die Reichsräte, die Zweite Kammer setzt sich zusammen zu je einem Achtel aus adeligen Gutsbesitzern und Geistlichen, ein Viertel kommt von Städten und Märkten, die restliche Hälfte sind Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit. Es gibt eine Legislaturperiode und außerdem werden die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung gewählt. Dennoch ist der Weg zu demokratischen Strukturen noch sehr, sehr weit! Die adeligen Gutsbesitzer stellen ein Achtel, die katholischen und evangelischen Geistlichen ebenfalls ein Achtel, die Städte, Märkte und Gemeinden ein Viertel und die übrigen Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit die Hälfte. Dazu kommen zusätzlich drei Vertreter der Universitäten. Es gibt keinen Parlamentarismus, die Mehrheitsverhältnisse in der Abgeordnetenversammlung haben keinen Einfluss auf die Arbeit des Ministerrats, die Abgeordneten haben kein Initiativrecht, dürfen also selbst keine Gesetzentwürfe einbringen und dürfen nicht über ihren Zusammentritt selbstständig entscheiden. Im Vergleich zu den Vorgaben der Deutschen Bundesakte ist die Baiersche Verfassung jedoch sehr modern ausgefallen. Sie legt das Fundament für das System einer konstitutionellen Monarchie. Erneut ist das neue Staatsgrundgesetz aber keine Vertragskonstruktion zwischen dem Fürsten und dem Volk, sondern ein einseitiger verfassungsgebender Akt des Königs. Man nennt das auch eine oktroyierte Verfassung, die vom König in freier Selbstbeschränkung erlassen wird und somit nicht das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen Fürst und Volksvertretung darstellt. Im Gegenteil, der Baierskönig begründet seine Herrschermacht mit der Verfassung nicht, sondern unterwirft sich vielmehr nur in bestimmten Punkten seinen selbst erlassenen Beschränkungen.



1826 – Die Universität und das Georgianum werden nach München umverlagert

Landshut - München-Kreuzviertel * Die Universität und das Georgianum werden von Landshut nach München umverlagert.

1826 – Das Georgianum kommt in die Räume des ehemaligen Karmeliten-Klosters

Landshut - München-Kreuzviertel * Mit dem Umzug der Universität von Landshut nach München dienen die Räume des ehemaligen Karmeliten-Klosters zur vorläufigen Unterbringung des Georgianums, dem weltweit einzigen staatlichen Priesterseminar. Das Provisorium hält bis 1841.

15. November 1826 – Die Universität wird von Landshut nach München verlegt

Landshut - München * Die Universität wird mit ihren rund achtzig Professoren und 1.500 Studenten von Landshut nach München verlegt. Der Akademiebetrieb wird im ehemaligen Jesuitenkolleg abgehalten.

29. Dezember 1830 – König Ludwig I. lässt die Universität schließen

München-Kreuzviertel * König Ludwig I. lässt die Universität schließen, weil es dort zwischen dem 24. und 29. Dezember 1830 zu einer Randalie von Münchner Studenten gekommen ist.

30. Dezember 1830 – Schließung der Universität wieder zurückgenommen

München-Kreuzviertel * König Ludwig I. muss die am Tag zuvor angeordnete Schließung der Universität auf Bitten der Bürgerschaft wieder zurücknehmen. Die Ausschreitungen waren vollkommen unpolitisch motiviert.

November 1834 – Adolf Friedrich von Schack wechselt an die Universität in Heidelberg

Heidelberg * Adolf Friedrich von Schack wechselt an die Universität in Heidelberg. Dort beginnt er mit der Übersetzung des persischen Dichters „Firdausi“.



11. April 1835 – Das Max-Joseph-Stift für höhere Töchter und das Georgianum entstehen

München-Maxvorstadt * Die Arbeiten für die von Friedrich von Gärtner im Stil des romantischen Historismus geplanten Bauten gegenüber der Universität beginnen. Sie dauern sechs Jahre an. Nördlich der heutigen Veterinärstraße entsteht das Max-Joseph-Stift für höhere Töchter, südlich davon das Georgianum für angehende Geistliche.

Dezember 1835 – Adolf Friedrich von Schack schreibt sich an der Humboldt-Universität ein

Berlin * Adolf Friedrich von Schack schreibt sich an der Humboldt-Universität in Berlin ein.

19. Februar 1847 – Ludwig I. entzieht Professor Ernst von Lasaulx die Lehrerlaubnis

München-Maxvorstadt * Der Universitätsprofessor Ernst von Lasaulx fordert im Senat der Universität, dass man dem abgetretenen Innenminister Karl August von Abel für sein „mannhaftes Eintreten für die Sache des Rechts und der Moral“ eine Dankaufwartung machen sollte. Daraufhin wird ihm von König Ludwig I. die Lehrerlaubnis entzogen.

2. September 1847 – Das Geschäft mit dem Adelsdiplom für Lola Montez

München * Wenn Freiherr Georg Ludwig von Maurer schon das Adelsdiplom für Lola Montez unterzeichnen soll, will er wenigstens daraus ein Geschäft machen und retten, was zu retten ist. Er selbst will zum Reichsrat befördert werden und seinem Sohn Konrad will er durch den Ruf an die juristische Fakultät der Universität die Zukunft sichern. Der Titel eines Reichsrats wird Minister Maurer zwar verwehrt, aber sein Sohn Konrad erhält an diesem 2. September 1847 eine außerordentliche Professur der Rechte.

9. Februar 1848 – König Ludwig I. lässt die Universität schließen

München-Maxvorstadt * König Ludwig I. lässt wegen der öffentlichen Proteste der katholisch-konservativen Partei gegen die königliche Mätressenwirtschaft die Universität schließen und verfügt, dass alle Studenten umgehend München zu verlassen haben. Als der der Burschenschaft Alemannia zugehörige Eduard Graf von



Hirschberg am Odeonsplatz von anderen Burschenschaftlern bedrängt wird, zieht der Graf sein Messer und fuchtelte damit in der Luft herum. Dadurch eskaliert die Situation. Verletzt wird bei dieser Aktion jedenfalls niemand. Lola Montez mischt sich unter die Schaulustigen und sieht sich sofort einer bedrohlichen Verfolgungsjagd ausgesetzt. Sie kann gerade noch vor der aufgebrachten Menge in die Theatinerkirche flüchten, wo sie von ausgerückten Kürassieren in die Residenz eskortiert werden muss. König Ludwig I. tobt und lässt daraufhin umgehend die Universität bis zum Wintersemester schließen. Außerdem verfügt er, dass alle nicht aus München stammenden Studenten innerhalb von 48 Stunden die Stadt zu verlassen haben. In München sind etwa 1.500 Studenten immatrikuliert. Rund die Hälfte davon zieht vor das Haus des Rektors Friedrich Wilhelm von Thiersch, der die Betroffenen mit den Worten beruhigt: „Sagen Sie überall, Sie seyen arme Studenten aus München, die man aus der Stadt gewiesen, aus Gründen, die Sie vor aller Welt aussprechen dürfen.“

10. Februar 1848 – Bürgerprotest bei König Ludwig I.

München * Doch jetzt werden die Münchner richtig sauer. Die Bürgerschaft sieht sich in ihrem „friedlichen Handel und Wandel“ bedroht und übernimmt die Forderungen der Studenten. Steine fliegen, Militär sichert das Palais der Montez. Tausend Bürger eilen zum Rathaus und von dort zur Residenz und fordern die Wiedereröffnung der Universität. Bürgermeister Kaspar von Steinsdorf nimmt die Protestadresse der Münchner Bürger entgegen und setzt - begleitet von 2.000 angesehenen Münchner Bürgern - eine Audienz beim König durch. Eine Deputation, bestehend aus sieben Vertretern, will mit dem König sprechen, der jedoch einen Empfang der Abordnung kategorisch ablehnt und nur unter großem Einsatz seiner Familienmitglieder dazu überredet werden kann. Bei den Verhandlungen lehnt König Ludwig I. jegliches Zugeständnis kategorisch ab und droht der Stadt im Umkehrschluss mit der Verlegung der Residenz an einen anderen Ort. Cholerisch verabschiedet er die Mitglieder der Deputation: „Es bleibt dabei, ich lasse mich nicht schrecken; man kann mir mein Leben nehmen, aber meinen Willen nicht. Meinen gefassten Entschluss werden Sie alsbald durch das Ministerium und schriftlich erhalten.“

10. Februar 1848 – König Ludwig I. erkennt den Ernst der Lage nicht

München * König Ludwig I. erkennt den Ernst der Lage nicht. Am Abend des 10. Februar 1848 lässt er folgende Nachricht ins Rathaus bringen: „Jetzo, da die Bürger sich ruhig zurückbegeben haben, ist's mein Vorhaben, dass statt erst mit dem Wintersemester bereits mit



11. Februar 1848 – Die Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs ist durchgesetzt

29. Juli 1871 – Die Universität wählt Ignaz von Döllinger zu ihrem Rektor

11. November 1871 – Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt für Oberbayern wird gegründet

1873 – Ignaz von Döllinger wird „Präsident der Akademie der Wissenschaften“

1885 – Hubert Herkomer wird Professor der Schönen Künste

Seite 9/21



Funktion bekleidet er bis 1894.

1903 – Michael Faulhaber stuft Frauen als „Menschen zweiter Wahl“ ein

Straßburg - Speyer * Bis zu seiner Ernennung zum Bischof von Speyer im Jahr 1911 ist Michael Faulhaber Inhaber eines Lehrstuhls eines Professors für alttestamentarische Exegese und biblische Theologie an der Kaiser-Wilhelm-Universität in Straßburg. Bereits während dieser Zeit nimmt er ultrakonservative Positionen ein. Unter anderem stuft er Frauen als „Menschen zweiter Wahl“ ein, wenn er sagt: „Die hausrechtliche Stellung der Frau ist dem Gotteswort umzirkelt, das Weib soll die Gehilfin des Mannes sein. [...] Diese untergeordnete Stellung ist der ursprüngliche Wille des Schöpfers.“ Demzufolge ist auch die Entscheidung der Reichsregierung, wonach eine verheiratete Frau auch Lehrerin werden darf, gegen den Willen Gottes. Er bezeichnet die Regelung als eine „Missgeburt mit einem doppeltem Gesichte, weil man nicht im Nebenamt Mutter sein und weil eine Person nicht zwei Berufe erfüllen kann“. Natürlich hat die Kirche nichts gegen die Frauenbildung, doch auf den Hochschulen sollen die Damen die Ausnahme und in der Kirche haben sie stumm zu sein. Gerne zitiert er das Paulus-Wort: „Wenn sie [die Frauen] lernen wollen, sollen sie zu Hause ihre Männer fragen. Es ist eine Schande, wenn in den gottesdienstlichen Versammlungen eine Frau das Wort nimmt.“

9. März 1907 – Fritz Gerlich legt sein Doktorexamen ab

München-Maxvorstadt * Fritz Gerlich legt sein Doktorexamen an der Philosophischen Fakultät der Universität München ab.

1912 – Professor Dr. Ernst von Romberg wohnt in der Richard-Wagner-Straße 2

München-Maxvorstadt * Professor Dr. Ernst von Romberg bewohnt das Haus in der Richard-Wagner-Straße 2. Der berühmte Internist und Herzspezialist ist Professor an der I. Medizinischen Klinik der Universität München.

2. August 1914 – Ausländische Studenten verlassen die Universitätsstadt München

München * An den Münchner Hochschulen, wozu die Ludwig-Maximilians-Universität, die Technische Hochschule, die Königliche Akademie der Künste und die Königliche Akademie der



Tonkünste gehören, sind 412 Studierende aus Österreich-Ungarn, 376 aus Russland und 50 Studenten aus dem Königreich Serbien eingeschrieben. Diese verlassen die Stadt - aus unterschiedlichen Gründen - umgehend.

4. November 1918 – Kurt Eisner scharrt Unterstützer um sich

München * Nachdem sich Kurt Eisner am Vortag der Unterstützung der Bauern versichert hatte, beginnt er nun eine Reihe von Gesprächen mit einflussreichen Persönlichkeiten, darunter Professoren der Münchner Universität, aber auch Münchner Arbeiterführer, die ihn bei den Januarstreiks unterstützt hatten, und Militaristen, die in wichtigen strategischen Positionen eingesetzt sind.

15. November 1918 – Beratung über Gründung eines Studentenausschusses

München-Maxvorstadt * Um die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Münchner Studentenschaft besser vertreten zu können, wird an der Universität über die Gründung eines Allgemeinen Studentenausschusses beraten.

21. November 1918 – Die Entente betrachtet Berlin mit größtem Misstrauen

München * Friedrich Wilhelm Foerster, der Professor der Pädagogik an der Münchner Universität, schreibt Kurt Eisner: „Es ist augenblicklich von hoher politischer Bedeutung, der Entente, gerade weil sie Berlin mit größtem Misstrauen betrachtet, die Perspektive zu eröffnen, dass Bayern die Klärung der politischen Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen will.“

24. Dezember 1918 – Die Garde-Soldaten werden von der Bevölkerung abgedrängt

Berlin * Um 9:10 Uhr kapitulieren die Verteidiger des Stadtschlusses und des Marstalls. Sie zeigen die weißen Fahnen. Stadtkommandant Otto Wels wird sofort freigelassen. Zur Entwaffnung kommt es nicht mehr, da die Matrosen der Volksmarinedivision während dieser Feuerpause Unterstützung durch die dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn von der USPD unterstellte Republikanische Sicherheitswehr erhalten. Das Gerücht eines gegenrevolutionären Putsches macht die Runde. In kürzester Zeit ziehen tausende Arbeiter, Frauen und Kinder zum Stadtschloss. Die Lage dreht sich. Jetzt sind plötzlich die Soldaten der



Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Bedrohten. Gefangene Matrosen werden befreit, die Garde-Soldaten von der Bevölkerung eingeschlossen und abgedrängt. Reichskanzler Friedrich Ebert gibt den Befehl zur sofortigen Einstellung der Kämpfe. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division muss abziehen und in der Universität Schutz suchen. Begleitet werden sie von der ihnen wenig freundlich gesinnten Bevölkerung. Die Demonstration ist inzwischen auf 100.000 Menschen angewachsen. Die Oberste Heeresleitung - OHL und Generalquartiermeister Wilhelm Groener haben eine fürchterliche Niederlage erlitten und sind grandios gescheitert.

24. Dezember 1918 – Ein gesichtswahrendes Verhandlungsergebnis

Berlin * Eine Besprechung wird in der Universität anberaumt, die die Bevollmächtigten der Regierung unter der Leitung des USPD-Vorsitzenden Georg Ledebour geführt wird. Es wird beschlossen: Die Truppen des Generalkommandos ziehen mit allen militärischen Ehren aus der Stadt. Die Matrosen bleiben bewaffnet. Die Volksmarinedivision räumt das Stadtschloss und den Marstall. Sie wird - wie bereits vorgesehen - von 1.500 auf 600 Mann reduziert. Die entlassenen Matrosen werden in die Republikanische Soldatenwehr integriert.

21. Februar 1919 – Nicht nur Entsetzen, sondern auch Jubel und unverholene Freude

München * Die Ermordung Kurt Eisners löst nicht nur Trauer und Entsetzen aus. Teile des Bürgertums begrüßen die Freveltat. An der Universität muss Professor Wilhelm Röntgen wegen dem Jubel der Studenten absetzen.

21. Februar 1919 – Auch Eisners Mörder wird niedergeschossen

München-Kreuzviertel * Nicht nur Eisner, auch Anton von Arco wird unmittelbar nach seiner Tat von einem Leibwächter Eisners niedergeschossen und dabei lebensgefährlich verletzt. Man bringt ihn umgehend in Sicherheit, da die herbeigeeilte Menge damit droht, ihn zu lynchen. Der damalige Direktor der Universitätsklinik Ferdinand Sauerbruch kann ihn erfolgreich operieren. Die Schüsse von hinten auf Kurt Eisner hat Graf Arco übrigens sein Leben lang geleugnet. Soldaten tragen den toten Ministerpräsidenten ins Portierszimmer des Ministeriums des Äußeren.



25. Februar 1919 – Rektor und Uni-Senat verurteilen die Freveltat

München-Maxvorstadt * Der Rektor und der Senat der Münchner Universität sprechen ihre „rückhaltlose Verurteilung der Freveltat“ vom 21. Februar aus.

7. April 1919 – Gründung eines Revolutionären Hochschulrats

München * Angehörige der Gruppe sozialistischer Akademiker gründen einen Revolutionären Hochschulrat. Er beseitigt den am 5. April gegründeten und aus drei Studenten bestehenden Provisorischen Studentenrat der Universität München“. Der Revolutionäre Hochschulrat will die Universität sofort schließen, die bisherige Universitätsverfassung aufheben und einen Revolutionären Senat bilden. Sämtliche Lehrkräfte der Universität sollen entlassen und eine völlig neue Hochschule durch Neuberufungen geschaffen werden. Für den nächsten Tag wird eine allgemeine Studentenversammlung ins Auditorium Maximum der Universität München einberufen.

8. April 1919 – Der Revolutionäre Hochschulrat stellte seine Forderungen vor

München * Im Auditorium Maximum der Münchner Universität stellt der Revolutionäre Hochschulrat seine am Tag zuvor gefassten Forderungen vor. Bei der Vollversammlung werden die Räteanhänger niedergebrüllt. Von den Rängen regnet es Flugblätter mit Verlautbarungen der Regierung Hoffmann, die von den Anwesenden unter lauten Bravorufen aufgesammelt werden. Nicht nur die Studenten, auch die Professoren denken nicht daran, dem neuen revolutionären Geist zu weichen. Die allgemeine Studentenversammlung verweigert deshalb ihre Zustimmung zu den Maßnahmen. Gustav Landauer beschließt daraufhin, die Universität am 13. April zu schließen.

11. April 1919 – Gustav Landauer führt Sozialreformen im Bildungsbereich durch

München * Gustav Landauer, der Volksbeauftragte für Volksaufklärung, führt in der kurzen Zeit der (sozialistischen) Räterepublik Baiern einige Sozialreformen im Bildungsbereich ein. Nachdem das Erziehungswesen durch die Regierung Eisner auf eine staatliche Grundlage gestellt worden war, führt Landauer folgende Neuerungen ein: Die Einheitsschule für alle Schüler vom 7. bis zum 13. Lebensjahr, die Handwerksschulen für die praktische



Ausbildung, die Mittelschulen für die weiterführende geistige Ausbildung. Die Abschaffung der Prügelstrafe, die Aufhebung des Zölibats für Lehrerinnen und die Wahl von Schulräten, in die Lehrer, Eltern und Schüler gewählt werden. Die Kirche spielt in diesem Erziehungskonzept keine Rolle mehr. Ein neues Hochschulprogramm für die zweitgrößte deutsche Universität in München wird entwickelt. Der Lehrkörper und die Studenten sollen auf rechtsextremistische Aktivitäten überprüft werden.

12. April 1919 – Schließung der Universität verfügt

München * Der Hochschulrat verfügt die Schließung der Universität für den nächsten Tag.

17. April 1919 – Ferienkurse für Proletarier an der Universität

München * An der Münchner Universität beginnen Ferienkurse für Proletarier. Der national-konservative Josef Hofmiller schreibt dazu in sein Tagebuch: „Ein Plakat kündigt Ferienkurse für die Arbeiter in der Universität an mit den Worten: ‚Arbeiter, bemächtigt euch der Kultur!‘. Aber sie bemächtigen sich lieber der Schweinshaxen“.

23. April 1919 – Die Vorlesungen des Sommersemesters beginnen nicht vor dem 1. Juli

München * Der Revolutionäre Hochschulrat ordnet an, dass die Vorlesungen des Sommersemesters nicht vor dem 1. Juli beginnen.

3. Mai 1919 – Die Hochschulen und bleiben bis auf weiteres geschlossen

München * Die Hochschulen und die Universität bleiben bis auf weiteres geschlossen.

15. Juni 1919 – Hitler absolviert einen Kurs für Propagandaleute

München * Hauptmann Karl Mayr, ein Förderer Adolf Hitlers, lässt neben der politischen Überwachung der damals über fünfzig Parteien und Organisationen in München durch Agenten und V-Leute - auch geeignete Soldaten als „antibolschewistisch geschulte Propagandaleute“ für



die „Beeinflussung des Übergangsheeres“ ausbilden. Auf Vorschlag seiner Vorgesetzten absolviert Hitler im Juni 1919 den ersten Kurs an der Universität München, wo ihn besonders die nationalistischen und antisemitischen Schlagworte von Gottfried Feder und Karl von Bothmer beeindruckten.

29. März 1924 – Das Bayerische Konkordat - ein Staatsvertrag

München * Durch die Revolution und der damit verbundenen veränderten Staatsform wird dem Staatskirchentum das Fundament entzogen. Deshalb versucht die katholische Kirche seit dem Jahr 1920 vergeblich, einen Staatsvertrag - ein Konkordat - mit den Vertretern der Weimarer Republik zu schließen, mit dem ihre Stellung im Staat fest definiert wird. Nachdem sich dieser Weg so nicht realisieren lässt, beginnt der päpstliche Nuntius in München, Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., gemeinsam mit Kardinal Michael von Faulhaber, mit dem republikanischen Freistaat Bayern ein Konkordat abzuschließen. Das bayerische Konkordat sichert der Kirche nach Außen den Schutz durch den Staat zu und gibt ihr gleichzeitig die völlige Unabhängigkeit nach Innen. Die Ernennung und Abberufung von Professoren an den theologischen Fakultäten der Universitäten und der Religionslehrer an den höheren Schulen obliegen nun allein den Bischöfen, die wiederum nur vom Papst ernannt werden. Der Religionsunterricht wird zum Hauptfach an den Schulen erklärt und die Bekenntnisschule zur Regelschule gemacht. Schulgebet und Schulgottesdienste werden staatsrechtlich abgesichert. Weiter wird festgelegt, dass der Freistaat Bayern feste Beträge an die Kirche abzutreten und bei finanziellen Notlagen die Kirche zu unterstützen hat. Der Steuerzahler finanziert die Gehälter und Wohnungen der Geistlichen, ihre Ruhestandsgelder, Gebäude usw. Die katholische Kirche in Bayern lässt sich ihre Ausgaben zu einem großen Teil vom Staat zahlen, ohne gleichzeitig dessen Kontrolle dulden zu müssen. Dazu wird die Kirchensteuer festgeschrieben. Das „bayerische Konkordat“ hat Vorbildfunktion für weitere Abkommen zwischen Staat und Kirche.

14. Dezember 1929 – Die Universität will das Protektorat über das Maximilianeum

München-Haidhausen * Die Universität teilt dem Kultusministerium mit, dass sie von jetzt an Protektorat und Schutzherrlichkeit über die Stiftung Maximilianeum ausüben werde. Sie stützt sich dabei auf ein Gutachten des Zivilsenats des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 14. Juli 1928. Doch das Ministerium reagiert auch auf drei weitere Schreiben der Universität



innerhalb von zwei Jahren und vier Monaten nicht.

27. April 1932 – Die Universität erhebt erneut Anspruch auf das Maximilianeum

München-Haidhausen * Der Rektor der Universität erklärt gegenüber dem Kultusministerium, dass er die Ernennung des neuen Vorstands der Maximilianeum-Stiftung in Anspruch nehmen werde. Falls sich das Kultusministerium weigern würde, droht er mit Klage vor dem Verwaltungsgericht.

10. Februar 1933 – Für eine differenzierte Auseinandersetzung mit Richard Wagners Werken

München-Maxvorstadt * Im „Richard-Wagner-Jahr“ hält Thomas Mann aus Anlass des 50. Todestages des berühmten Künstlers im Auditorium maximum der Universität München einen Vortrag über „Leiden und Größe Richard Wagners“. Thomas Mann verliest dabei ein zwanzigseitiges Manuskript aus einem rund siebenzig Seiten umfassenden Aufsatz. In seinem Referat spricht sich Thomas Mann gegen eine einseitig heroisierende Verherrlichung und eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Werken Richard Wagners aus.

3. April 1933 – Die Herkunft der Cenovis-Werke wird hinterfragt

Gießen - München * Die Universitäts-Klinik Gießen richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und erkundigt sich, ob die Cenovis-Werke eine „christliche Firma“ seien. Die Anfrage steht im Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als die Herkunft und religiöse Zugehörigkeit von Unternehmern und Unternehmen zunehmend Gegenstand von Nachfragen und Ausgrenzung werden.

5. April 1933 – Die Cenovis-Werke werden vom NS-Boykott ausgenommen

München-Au * Das „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ der NSDAP nimmt zur Frage Stellung, ob die Cenovis-Werke von den Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte betroffen seien. In seiner Antwort kommt das Gremium zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für einen Boykott des Unternehmens nicht gegeben seien und die



Cenovis-Werke deshalb nicht unter den reichsweiten Boykott vom 1. April 1933 fielen. Die Anfrage verdeutlicht den wachsenden politischen Druck und die zunehmende Diskriminierung von Unternehmern jüdischer Herkunft in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft.

7. April 1933 – Die IHK München nimmt zur Eigentümerstruktur der Cenovis Stellung

München * Die Industrie- und Handelskammer München beantwortet die Anfrage der Universitäts-Klinik Gießen zur Eigentümerstruktur der Cenovis-Werke. In ihrer Stellungnahme erklärt sie, dass sich das Kapital des Unternehmens sowohl in christlichen als auch in jüdischen Händen befinde. Die Korrespondenz verdeutlicht, wie bereits wenige Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die Herkunft und Religionszugehörigkeit von Unternehmern und Anteilseignern zum Gegenstand offizieller Anfragen werden.

10. Mai 1933 – Die Bücherverbrennung auf dem Königsplatz

München-Maxvorstadt * Um 19:45 Uhr beginnt im Lichthof der Universität München eine „Feier der nationalen Revolution“ statt. Die Festrede hält Kultusminister Hans Schemm. Eingerahmt von der „Egmont-Ouvertüre“ folgt die Übergabe des neuen Studentenrechts, ein Treuegelöbnis, ein „Appell an die studentische Verantwortung“ und schließlich das Absingen des „Horst-Wessel-Liedes“. Im Anschluss an die Feier beginnt ein Großer Fackelzug. Dazu werden ab 20:30 Uhr am rückwärtigen Ausgang der Universität gegen Gutscheine Fackeln ausgegeben.

Um 22:00 Uhr bewegt sich der Fackelzug in Richtung Königsplatz. Die freiwilligen und begeisterten Teilnehmer in Uniform oder dunklem Anzug ziehen an der mit einer roten Flammenkette geschmückten Feldherrnhalle vorbei zum mit Flaggen und Pylonen festlich ausgestatteten Königsplatz, wo um 23:30 Uhr circa 50.000 überwiegend akademisch gebildete Nationalsozialisten und ihre Sympathisanten einen großen „Verbrennungsakt“ beginnen. Auf dem Rasen vor der heutigen Antikensammlung am Königsplatz ist ein riesiger Scheiterhaufen aus Holz und Stroh errichtet worden. Zunächst hält ein studentischer Funktionär eine Ansprache zur „Ausmerzungen undeutscher Schriften“. Danach werfen uniformierte Studenten unter Verlesung von „Feuersprüchen“ die mitgeführten Bücher ins Feuer. In Anlehnung an das Wartburgfest verbrennen sie die „volkszersetzenden Schriften kommunistischer, marxistischer, pazifistischer Haltung (vielfach aus jüdischer Feder stammend) als Symbol der Abkehr vom undeutschen Geist“.



20. Juli 1933 – Das Konkordat wird ratifiziert

Rom-Vatikan - Berlin * Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich wird vom - katholischen - Vizekanzler Franz von Papen und vom Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli im Vatikan unterzeichnet. Das Vertragswerk bestätigt die bestehenden Länderkonkordate mit Bayern, Preußen und Baden und den Fortbestand der katholischen theologischen Fakultäten an den Universitäten, sichert den katholischen Religionsunterricht an allen Schularten und die Beibehaltung und Neueinrichtung von Bekenntnisschulen, die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der Religion, den staatlichen Schutz für Geistliche, den Schutz des Beichtgeheimnisses und den Schutz der katholischen Organisationen. Außerdem wird die Militärseelsorge und das eigene kirchliche Steuerrecht garantiert. Die Kirche gesteht hingegen den neuen Machthabern nur wenig zu: Entpolitisierung des Klerus, Treueeid der Bischöfe gegenüber dem Deutschen Reich und seinen verfassungsmäßig gebildeten Regierungen. Die Reichsregierung macht der Kirche sehr große Zugeständnisse mit dem Ziel, internationale Anerkennung zu erhalten und die deutschen Katholiken für die Bewegung zu gewinnen, solange deren Macht noch nicht gefestigt ist. Keine der anderen neunzehn Weimarer Regierungen, auch nicht die Koalitionen mit Zentrumsbeteiligung, war der katholischen Kirche so weit entgegengekommen.

17. März 1934 – Karl Valentin beantragt die Konzession für sein „Panoptikum“

München-Ludwigsvorstadt * Karl Valentin beantragt die Konzession für sein „Panoptikum“ in den Kellerräumen des Hotels Wagner in der Sonnenstraße. Als Unternehmer gibt er an: „Karl Valentin (Fey) Schauspieler, Liesl Karlstadt (Wellano) Schauspieler, Eduard Hammer Universitätsplastiker und Gebrüder Wagner, Besitzer des Hotels Wagner. Die Illustrationen für das „Panoptikum“ fertigt Ludwig Greiner.

1941 – Professor Walther Wüst ist Rektor der Universität München

München-Maxvorstadt * Professor Walther Wüst bekleidet von 1941 bis 1945 das Amt des Rektors der Universität München.

18. Februar 1943 – Die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ verteilt Flugblätter in der Universität

München-Maxvorstadt * Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ verteilen etwa 1.700



Flugblätter in der Münchener Universität. Der Hausmeister, der die ganze Aktion beobachtet hat, meldet sie bei der Gestapo. Sophie und Hans Scholl sowie Christoph Probst werden verhaftet und ins Wittelsbacher Palais gebracht.

30. Juni 1946 – In Bayern finden wieder demokratische Wahlen statt

Freistaat Bayern - München-Maxvorstadt * Erstmals nach der Nazi-Diktatur finden in Bayern wieder demokratische Wahlen statt. Die CSU wird mit 109 Abgeordneten stärkste Fraktion. Der Landtag wird in der Aula der Ludwig-Maximilians-Universität tagen.

1950 – Die Paläontologische Staatssammlung in der Richard-Wagner-Straße 10

München-Maxvorstadt * Das Gebäude an der Richard-Wagner-Straße 10 wird neuer Sitz der - in der Alten Akademie ausgebombten - Bayerischen Staatssammlung für Paläontologie und historische Geologie sowie einiger Institute der Ludwig-Maximilian-Universität München.

1950 – Dieter Hildebrandt studiert München

München-Maxvorstadt * Dieter Hildebrandt kommt nach München, um hier an der „Ludwigs-Maximilian-Universität“ Literatur- und Theaterwissenschaften sowie Kunstgeschichte zu studieren.

18. Juni 1958 – Hannes König eröffnet die Karl-Valentinedächtnisausstellung

München-Maxvorstadt * „800 Jahre und 5 Tage nach der Gründung der Stadt München“ wird im Pavillon im Alten Botanischen Garten die „Karl-Valentinedächtnisausstellung“ eröffnet. Gezeigt wird der Stummfilm „Der neue Schreibtisch“. Außerdem spielt Hannes König auf Karl Valentins Zither. Professor Carl Niessen, der im Jahr 1953 den Nachlass von Karl Valentin für das Institut Theaterwissenschaft der Universität Köln erworben hat, stellt Originale für die Ausstellung zur Verfügung.

5. Juni 1962 – Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen



München-Maxvorstadt * Im Anschluss an ein Jazzkonzert kommt es an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und rund 2.000 Personen, als nach dem Ende des Konzerts in der Aula der Universität zahlreiche Konzertbesucher die Musiker auffordern, auf dem Geschwister-Scholl-Platz weiterzuspielen. Als die mit Buhrufen begrüßte Polizei eintrifft, kommt es zu Rangeleien und zwei Festnahmen. Die Polizei wird von den Protestierern durch eine Blockade am Wegfahren gehindert. Dabei werden auch die Reifen des Einsatzwagens zerstochen. Die bedrängten Polizisten rufen Verstärkung, die mit zwei Funkstreifenwagen, dem Kleinen und Großen Überfallkommando sowie dem Bereitschaftszug der Stadtpolizeischule am Ort der Auseinandersetzung eintrifft. Der Polizeimacht gelingt es an diesem Abend die Menge zu zerstreuen. Es kommt zu weiteren sieben Festnahmen. Die so Festgesetzten werden alle wegen Auflauf und Landfriedensbruch angezeigt. Dieses Geplänkel geht als „Unikrawall“ in die Geschichte ein.

26. Juni 1962 – 250 Demonstranten treffen sich am Monopteros

München-Lehel - Englischer Garten * Am Monopteros im Englischen Garten treffen sich rund 250 Protestierer zu einer vom Ordnungsamt verbotenen Kundgebung. Doch statt der Protestkundgebung wird über die Ereignisse der Schwabinger Krawalle diskutiert und in einer Resolution eine genaue Überprüfung der Vorfälle und die Kennzeichnung der Polizisten mit Dienstnummern gefordert. Die Versammlung wird aufmerksam von der Polizei beobachtet. Der Allgemeine Studenten-Ausschuss der Ludwig-Maximilians-Universität distanziert sich per Flugblatt von den Protesten.

29. Juni 1962 – Das Studentenparlament missbilligt das Verhalten der Protestierer

München-Maxvorstadt * Das Studentenparlament der Ludwig-Maximilians-Universität missbilligt das „teilweise kriminelle Verhalten“ einzelner Protestierer. Es schreibt aber die Hauptschuld an den Ausschreitungen bei den Schwabinger Krawallen dem „unklugen und rücksichtslosen Vorgehen der Polizei“ zu.

1. September 1962 – Der AStA veröffentlicht seinen Untersuchungsbericht zu den Krawallen

München-Maxvorstadt * Der Allgemeine Studenten-Ausschuss der Ludwig-Maximilians-Universität veröffentlicht seinen Untersuchungsbericht zu den Schwabinger Krawallen. Er stellt fest, dass es sich dabei insgesamt um keine Studentenunruhen gehandelt hat.



Nur an den ersten Protestabenden waren Studenten führend beteiligt. Der Stadtpolizei wird ein „taktisch unkluges Vorgehen“ bescheinigt.

2. September 1966 – Bayern und der Vatikan schließen Hochschul-Verträge

München - Rom-Vatikan - Freising - Regensburg * Kultusminister Ludwig Huber und Nuntius Corrado Bafile unterzeichnen in München die Verträge über die Ausbildung an der Katholischen Hochschule Freising sowie die Errichtung einer Katholischen Fakultät an der Universität Regensburg.

November 1993 – Sechs verschollen geglaubte Fresken wieder entdeckt

München-Maxvorstadt * Im Rahmen der Renovierung werden vier von sechs bereits verschollen geglaubte Fresken im Lesesaal der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität an der Ludwigstraße wiederentdeckt. Es sind die im Jahr 1938 aus dem Herzog-Max-Palais entfernten und in das „Haus des Deutschen Rechts“ verlegten Fresken von Robert von Langer.

2000 – An der Richard-Wagner-Straße 16 entsteht ein Studentenwohnheim

München-Maxvorstadt * Auf dem Ruinengrundstück an der Richard-Wagner-Straße 16 entsteht ein sechsstöckiges Haus der Technischen Universität München. In dem Wohnheim finden heute bis zu 40 Studenten der TUM Unterkunft.
